

Rheinsteig: Wettbewerb soll Standort klären

Rheinfelden Regierungspräsidium Freiburg unterstützt neue Brücke, doch der Entscheid über die Lage wurde vertagt

VON STEFAN GYR

Weitere Unterstützung für den neuen Rheinübergang zwischen den beiden Rheinfelden: Die Freiburger Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer macht sich laut einer Medienmitteilung für den neuen Rad- und Fussgängersteig zwischen den beiden Rheinfelden als grenzüberschreitendes Verkehrsprojekt stark. Noch immer ist aber unklar, wo die Rheinbrücke gebaut wird, die den 2010 abgebrannten Eisensteig ersetzen soll.

Für das Schweizer Rheinfelden wäre die ursprüngliche Lage des Steigs «optimal», wie der Stadtrat in seinem Geschäftsbericht 2013 schreibt. Doch die Umweltverbände lehnen diesen Standort ab, weil damit das Fischauflaufgewässer beeinträchtigt werde. Im ersten Halbjahr 2014 werde der Standort von den Gemeinderäten der beiden Rheinfelden beschlossen, ist im Geschäftsbericht weiter zu lesen.

Doch diese Entscheidung wurde vertagt. Der Entscheid über den Standort sei noch nicht definitiv getroffen worden, sagt Urs Affolter, Stadtbaumeister im schweizerischen Rheinfelden. Die beiden Rheinfelden wollen zuerst einen Projektwettbewerb für den neuen Rheinübergang



Der alte Eisensteig über den Rhein wurde 2010 abgebrochen.

ARCHIV

starten. Die Frage der Anbindung des neuen Steigs ans übergeordnete Langsamverkehrsnetz werde in diesem Wettbewerb ebenfalls untersucht und habe damit Einfluss auf die Festlegung der Brückenköpfe, erklärt Affolter. Der Standortentscheid werde damit auch von den Wettbewerbsergebnissen abhängen.

«Die Wettbewerbsvorbereitungen laufen in beiden Rheinfelden auf Hochtouren», sagt Affolter. «Die Zusammenarbeit mit den deutschen Kollegen ist ausgezeichnet.» Im Juli werde das Programm verabschiedet. Geplant ist ein zweistufiges Verfahren: Nach einer offenen Bewerbungsrunde werden acht bis zehn Planer-

teams zum Wettbewerb eingeladen. Die eingereichten Projekte werden dann von einer Jury mit Fachleuten und Politikern aus beiden Rheinfelden bewertet. Das Siegerprojekt wird voraussichtlich im Februar oder März 2015 ausgewählt, wie Affolter erklärt. Dann werde auch definitiv über den Standort entschieden.

Rund 6 Millionen Franken wird der neue Flussübergang für Spaziergänger und Velofahrer kosten. In der Schweiz will der Bund davon 2 Millionen Franken übernehmen. Er hat dem Vorhaben im zweiten Agglomerationsprogramm Basel erste Priorität zuerkannt. Gemäss der Medienmitteilung des Regierungspräsidiums Freiburg soll das Stegprojekt auch für das europäische Interreg-Förderprogramm angemeldet werden. Der notwendige Antrag werde derzeit mit Unterstützung der Hochrheinkommission vorbereitet. Stimmen die zuständigen Entscheidungsgremien zu, könnte rund die Hälfte des deutschen Anteils durch EU-Zuschüsse gedeckt werden.

Geld von Baden-Württemberg

Da es dem deutschen Rheinfelden aber kaum möglich sein werde, die verbleibenden Kosten allein zu tragen, solle das Projekt zusätzlich in das Radwegförderprogramm des Landes Baden-Württemberg für die Jahre 2015 bis 2019 aufgenommen werden. Das Regierungspräsidium werde das Vorhaben beim baden-württembergischen Ministerium für Verkehr und Infrastruktur zur Aufnahme in das Programm 2015 anmelden.

Aargauer Regierungsräte sacken weniger ein

Nebeneinkünfte Sitzungsgelder und Spesen aus externen Mandaten fliessen neu in die Staatskasse.

VON FABIAN HÄGLER

Erst Mitte Januar hatte der Regierungsrat seine Nebeneinkünfte auf 15 000 Franken pro Person und Jahr begrenzt. Regierungssprecher Peter Buri hielt fest, derzeit erreiche kein Regierungsmitglied diese Summe. «Heute bewegen sich die Summen bei Roland Brogli und Stephan Attiger zwischen 8000 und 14 000 Franken pro Jahr», sagte Buri. Dennoch kritisierte SVP-Fraktionschef Andreas Glarner schon am Tag darauf: «Wenn sie nur ein bisschen Sensorium hätten, würden sie alles in die Staatskasse abliefern.»

Genau dies tut der Regierungsrat ab sofort. Er hat laut einer Mitteilung beschlossen, «neben den Mandats-honoraren auch alle Sitzungsgelder und Spesen an die Staatskasse abzugeben». Dies betrifft alle von Amtes wegen ausgeübten Mandate (Direktorenkonferenzen, Stiftungen sowie verwaltungsexterne Unternehmen und sonstige Organisationen).

Meinungswechsel der Regierung

Haben die Regierungsmitglieder, die ein Jahreshonorar von 300 000 Franken beziehen, also dem politischen Druck nachgegeben? Oder ist der Verzicht auf die Nebeneinkünfte eine symbolische Geste vor der Spardebatte am 24. Juni? Peter Buri sagt: «Die Regierung hat dies im Rahmen der regelmässigen Überprüfung der Public-Corporate-Governance-Richtli-

nien entschieden.» Innerhalb von gut vier Monaten hat der Regierungsrat seine Meinung zu dieser Frage geändert.

Noch im Januar stand der nun beschlossene vollständige Verzicht auf Nebeneinkünfte nicht zur Debatte. «Der Regierungsrat sieht keinen Anlass, die bewährte, nach gültigem Dekret geregelte Praxis zu ändern», hielt Buri damals fest. Die Höhe der Sitzungsgelder und Spesen entspreche «dem mit der Ausübung der Mandate verbundenen Aufwand und der Zusatzverantwortung», begründete der Regierungssprecher. So werde berücksichtigt, «dass die Ausübung dieser Mandate gegenüber der Regierungstätigkeit eine weitere zeitliche Belastung mit sich bringt und die ohnehin spärliche Freizeit der Regierungsmitglieder nochmals schmäl-

ert». Ausserdem seien die Sitzungsgelder und Spesen der Aargauer Regierungsräte «in der Höhe nicht vergleichbar mit den in den Kantonen Solothurn oder Bern diskutierten Fällen», sagte Regierungssprecher Buri im Januar.

Rein finanziell hat der Entscheid des Regierungsrats für den Kanton keine grossen Auswirkungen. «Im letzten Jahr sind 113 000 Franken Mandats-honorare von Mitgliedern des Regierungsrats direkt in die Staatskasse geflossen; ab 2014 kommen nun rund 30 000 Franken durch die Abgabe von Sitzungsgeldern und Spesen dazu», rechnet Buri vor.

Ruhegehälter-Vorstoss noch hängig

SVP-Fraktionschef Glarner, der im Januar einen Vorstoss angekündigt hatte, wenn die Regierung nicht von

sich aus auf die Nebeneinkünfte verzichtet, freut sich über den Entscheid des Regierungsrats. «Ich glaube zwar nicht, dass der politische Druck kein Faktor war, aber das ist letztlich auch egal, wenn ein positives Ergebnis herauskommt», kommentiert Glarner.

Ein weiterer SVP-Vorstoss, der auf die Einkünfte der Regierungsmitglieder zielt, ist noch hängig. «Die Motion von Grossrat Wolfgang Schibler, die Ruhegehälter der Regierungsräte zu reduzieren, wurde vom Regierungsrat noch nicht behandelt», hält Peter Buri fest. Die Motion werde im Rahmen des üblichen Verfahrens beantwortet und dann dem Grossen Rat zur Beschlussfassung vorgelegt. Für den Fall, dass sein Anliegen bei der Regierung und im Parlament kein Gehör findet, überlegt sich Schibler bereits eine Volksinitiative.

Standpunkt zur neuen Stopp-Aids-Kampagne

Prävention ja, Porno nein

VON ELISABETH AUGSTBURGER
UND ANNEMARIE PFEIFER *



■ **DAS BAG PLANT** für diesen Herbst eine sehr fragwürdige Aids-Präventionskampagne. Eine Plakat-kampagne, welche «sexuelle Handlungen», darstellt, soll die Öffentlichkeit für die Aids-Problematik sensibilisieren. Dabei wird der Kinderschutz mit Füßen getreten. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass sich ein Bundesamt nicht an gesetzliche Bestimmungen hält. Laut Art. 197 des Strafgesetzbuches muss mit bis zu 3 Jahren Gefängnisstrafe rechnen, «wer pornografische Schriften, Ton- oder Bildaufnahmen, Abbildungen, andere Gegenstände solcher Art oder

pornografische Vorführungen einer Person unter 16 Jahren anbietet, zeigt, überlässt, zugänglich macht oder durch Radio oder Fernsehen verbreitet». Es stellt sich also die Frage, wie das BAG dem Gesetz nachkommt und die Kinder in der Öffentlichkeit vor diesen Sexszenen auf den Plakaten schützen will. Wir erwarten, dass die Behörden von BS und BL das Aufhängen dieser Plakate nicht erlauben werden.

AUCH DER VIDEOCLIP

grenzt an Pornografie und ist möglicherweise nicht gesetzeskonform. Bei der Platzierung im Internet wurde die Alterslimite auf Youtube durch die direkte Veröffentlichung auf der Lovelife-Hompage geschickt umgangen. Es ist stossend, wenn solche Tricks im Auftrag eines Bundesamtes geschehen!

KANN EINE BOTSCHAFT nur mit provokanten Bildern transportiert werden? Die Expertengruppe, welche im Auftrag des BAG zur Auswer-

zung 2005er-Kampagne eingesetzt wurde, kam zum Schluss, «dass die Verwendung extremer Bildwelten nicht mehr mit einer breiten Akzeptanz vereinbar sei und daher die speziellen Zielgruppen über spezifische Kanäle direkt anzusprechen seien». Die offenbar beratungsresistenten Verantwortlichen dieser Stopp-Aids-Kampagne entschieden sich trotz-

«Die Kampagne ist sehr fragwürdig. Der Kinderschutz wird mit Füßen getreten.»

dem für eine noch extreme Bildwelt. Zusätzlich soll der Einbezug von Laien den Effekt verstärken. Es scheint, dass die Jungen animiert werden sollen, den sexuellen Akt ohne Einbettung in eine Beziehung auszuleben. Ist dies die Aufgabe eines Bundesamtes?

AUSSERDEM LENKT die starke Ästhetisierung der Sexszenen vom eigentlichen Problem ab. Es findet kein Schock-Effekt als aufklärende Botschaft statt, der auf die Ernsthaftigkeit der Krankheit hinweisen wür-

de. Das ist fatal, weil nirgendwo erwähnt wird, was eine HIV-Infektion immer noch bedeutet: beispielsweise ein lebenslanges Einnehmen eines Medikamenten-Cocktails mit starken Nebenwirkungen und eine Beeinträchtigung des Lebens. Auch hier wird das Ziel einer seriösen Aufklärung verfehlt.

WELCHE PORNOFLUT wird wohl bei der nächsten Kampagne über unsere Kinder und Jugendlichen ausgeschüttet? Der Einsatz der jährlich zwei Mio. Franken für die Aids-Prävention soll deshalb politisch und ökonomisch evaluiert werden. Es kann nicht sein, dass so viel Geld ausgegeben wird für extravagante Aids-Präventionsaktionen, während gleichzeitig die Suizidprävention keine Mittel vom Bund erhält. Suizid ist immerhin eine der häufigsten Todesursachen von Menschen zwischen 15 und 44 Jahren.

* **Elisabeth Augstburger** (l.) Landrätin EVP Basel-Landschaft
Annemarie Pfeifer Grossrätin EVP Basel-Stadt

Nachrichten

Pratteln Profiboxer erhält Förderpreis

Der alle zwei Jahre von der Gemeinde vergebene Förderpreis Prattler Stern ist gestern Abend in einer Zeremonie dem Profiboxer Arnold Gjergaj überreicht worden. «Die Cobra», wie der 29-Jährige in der Szene genannt wird, wurde für seine ausserordentlichen sportlichen Erfolge und als Vorbild für die Integration geehrt. (BZ)

Binningen Gemeinde begrüsst Überprüfung

Der Stiftungsrat des Alters- und Pflegezentrums Schlossacker und Langmatten (APH Binningen) hat eine unabhängige Stelle damit beauftragt, die in der «Basler Zeitung» erhobenen Vorwürfe von schlechter oder ungenügender Behandlung von Bewohnern zu überprüfen. Der Binninger Gemeinderat begrüsst diese Sofortmassnahme, wie er gestern in einer Stellungnahme festhielt. Ausserdem behalte sich der Gemeinderat «weitere Massnahmen vor, sollte das in Auftrag gegebene Audit nicht in angemessener Frist vorliegen». (BZ)